



AUF DER SUCHE NACH DER DEUTSCHEN IDENTITÄT - EIN GEDANKENSPIEL

Soll Wien wieder deutsche Hauptstadt werden?

Von W. SCHMITT | Seit 150 Jahren suchen die Deutschen in Bismarcks Kleindeutschland nach ihrer speziell kleindeutschen „Identität“, seit 150 Jahren haben sie in ihrem Kleindeutschland nur politischen Murks angerichtet, den Chaotenstaat Bundesrepublik eingeschlossen. Ist Bismarcks Kleindeutschland im 21. Jahrhundert noch zeitgemäß?

In regelmäßigen Abständen quälen uns die Leitartikel der ZEIT und so manche Talkshow-Runde mit der Frage „Was ist deutsch?“. Diese Frage ist naturgemäß schwer zu beantworten, wenn man sie aus politischen Gründen nur auf ein begrenztes Teilgebiet des deutschen Siedlungsraums bezieht. Genauso „deutsch“ wie Bayern, Sachsen, Alemannen und Westfalen sind im Sinne ihrer Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen Kulturnation mit einer gemeinsamen Sprache und jahrhundertlang gemeinsamer Geschichte selbstverständlich auch die Österreicher. Eine „deutsche Identität“ zu definieren und dabei die Österreicher nicht zu berücksichtigen, nur weil das Land 1866 politisch geteilt wurde, wird deshalb immer scheitern. Dieser Grundsatz gilt übrigens für beide Seiten der Grenze: Auch die

Österreicher plagen sich regelmäßig mit der unsinnigen Frage herum, was konkret eigentlich eine „österreichische Identität“ sein soll.

Angesichts des gemeinsamen ethnischen Drucks durch die aktuell sowohl nach Kleindeutschland als auch Österreich eindringenden Siedler aus islamischen Staaten mit ihrem starken ethnischen Selbstbewusstsein und ihrem ausgeprägten Nationalismus, steht die Frage im Raum, ob die Bismarcksche Teilung von 1866 im 21. Jahrhundert überhaupt noch zeitgemäß ist. Weder in Kleindeutschland noch in Österreich werden die Deutschen diesem ethnonationalen Druck durch die eindringenden Siedler standhalten können, wenn sie weiterhin ihren kleinstaatlichen Lokalpatriotismus pflegen und auch in den nächsten Jahrzehnten ihre wertvolle Zeit damit vergeuden, nach ihrer jeweils eigenen Pseudoidentität zu suchen, die es nicht gibt. Standhalten werden sie dem Siedlungsdruck nur dann, wenn sie sich wieder auf ihre gemeinsam verbindende gesamtdeutsche Identität besinnen und aus dieser gemeinsamen Identität heraus erneut die historische Stärke entwickeln, die sie benötigen, um angesichts der gewaltigen Umvolkungsprozesse in Westeuropa das 21. Jahrhundert als politisch selbstbestimmte Kultur und Nation zu überleben.

Natürlich stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage, wie zeitgemäß Bismarcks innerdeutsche Teilung von 1866 überhaupt noch ist. Aus der Sicht des 19. Jahrhunderts mag diese Teilung durchaus eine gewisse Berechtigung gehabt haben: Innenpolitisch waren Preußen und Österreich verfeindet, die Gründung eines allein preußisch dominierten „zweiten Kaiserreichs“ war für Bismarck daher in erster Linie ein politisches Instrument, um die preußische Vorherrschaft innerhalb Deutschlands zu zementieren und Österreichs Einfluss zu minimieren. Diese aus Bismarcks preußisch geprägter Sicht nachvollziehbaren Gründe für die damalige Teilung sind heute allerdings nicht mehr gegeben: Preußen ist von der Landkarte verschwunden, geblieben sind nur noch Österreich und die

spärlichen territorialen Reste des damaligen kleindeutschen „Kaiserreichs“, die heute als „Bundesrepublik Deutschland“ bezeichnet werden.

Die Geschichte der deutschen Teilung seit 1866 wirkt aus heutiger Perspektive zudem wenig beeindruckend. Insbesondere die Geschichte Kleindeutschlands war überwiegend gekennzeichnet von einem verunsicherten Hin und Her zwischen verschiedenen Extremen ohne klare Linie und letztlich auch ohne wirklichen politischen Erfolg. Bismarcks „Kaiserreich“ entwickelte ein für die vorangegangene deutsche Geschichte völlig untypisches übersteigertes Nationalgefühl, man wird den Eindruck nicht los, dass das ganze aufgeplusterte Erscheinungsbild dieses „Kaiserreichs“ vor allem dazu diente, das mangelnde Selbstvertrauen dieses künstlich geschaffenen Staates zu übertünchen: Flottenbau, Kolonien, im Rückblick nichts als unsinniger Aktionismus eines ungefestigten Staatsgebildes, dem die wahre innere Größe abhandengekommen war. Die anschließende Weimarer Republik war ohnehin nichts als eine mühselige Selbstfindung – genauso wie die nachkriegszeitliche „Republik Österreich“ – und produzierte mit dem größtenwahnsinnigen NS-Staat als ihr Ergebnis nur wieder die nächste Identitätskrise. Im Rückblick hätte sich Deutschland vermutlich stabiler entwickelt, wenn man bereits 1918 die fragwürdige Bismarcksche Teilung wieder ad acta gelegt hätte – ihre historische Berechtigung hatte sie ja schon damals verloren. Dass 1918 der österreichische Wunsch nach einer Wiedervereinigung mit Kleindeutschland von den Alliierten abgelehnt wurde, war ein übler Fehler, der den Siegermächten zwanzig Jahre später böse auf die Füße fiel. Ein wiedervereinigtes Deutschland wäre 1918 vermutlich schnell zur Ruhe gekommen, es hätte sehr schnell wieder genau die Rolle eingenommen, die es jahrhundertlang in Europa schon immer gespielt hatte: ein etwas weltfremder und eigenbrötlerischer, aber insgesamt bescheidener Staat von Dichtern und Denkern im Zentrum des Kontinents zu sein, der sich politisch ausschließlich auf seine liebgewonnenen innerdeutschen

Stammesquerelen fixierte und daher alle anderen Länder jenseits der Grenzen in Ruhe ließ.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es weder diesseits noch jenseits der innerdeutschen Grenze besser. Den Österreichern half es nicht viel, sich aus der gemeinsamen Verantwortung für die NS-Zeit herauszumogeln, im Gegenteil machte der Versuch, sich nachkriegszeitlich von den „Deutschen“ abzugrenzen das Thema Selbstfindung nur noch schwieriger. Die Kleindeutschen machten sich das Leben noch schwerer, indem sie als Reaktion auf den ihnen zuvor staatlich verordneten hysterischen Nationalismus einen genauso hysterischen Antinationalismus erfanden und so taten, als hätten sie überhaupt keine nationale und kulturelle Identität mehr, sondern seien trotz ihrer typisch kleindeutschen Mentalität allesamt „Weltbürger“ oder „Europäer“. Kein Mensch außerhalb Deutschlands hat diesen psychotischen Blödsinn jemals ernstgenommen.

Das neueste Abenteuer dieses verwirrten Staates Kleindeutschland nennt sich „Bunte Republik“ (Bundespräsident Christian Wulff), ein großes Staatsschauspiel, mit dem die Kleindeutschen der Welt beweisen möchten, dass die Schildbürger kein Märchen waren, sondern dass es sie wirklich gibt. Auch bei diesem nächsten Selbstfindungsversuch eines verunsicherten Kunststaats aus dem 19. Jahrhundert, das ist schon heute absehbar, wird wieder nichts herauskommen.

Wir lernen aus der Geschichte: Die Kleindeutschen können es nicht. Sie haben es jetzt schon 150 Jahre lang versucht, mit sich selbst zurechtzukommen und sind keinen Schritt weiter. Schlimmer noch: Ihre tiefe innere Unsicherheit führt bei ihnen zu immer wieder neuen Hysterien und verschiedensten Fanatismen, denen sie, ständig auf der Suche nach ihrer speziell kleindeutschen Identität und dem politischen Sinn ihres kleindeutschen Daseins, mit geradezu beängstigender Besessenheit folgen, meist zum Schaden ihrer europäischen Nachbarn.

Bismarck ist tot, Preußen ist tot, die historische Bilanz nach 150 Jahren deutscher Teilung ist niederschmetternd. Gleichzeitig zeigen sich infolge der islamischen Kolonisation Westeuropas völlig neuartige Bedrohungen, denen die Deutschen sowohl in Kleindeutschland als auch in Österreich gleichermaßen ausgesetzt sind. Diese Bedrohungen werden die Deutschen nicht meistern ohne ein gefestigtes ethnisches und nationales Selbstbewusstsein. Welche Gründe gibt es also noch für den weiteren Fortbestand eines kleindeutschen Separatstaates?

Anmerkung:

Der Österreichische [Staatsvertrag von 1955](#) verbietet einen neuerlichen „Anschluss“ an Deutschland, das auf „alle territorialen und politischen Ansprüche in Bezug auf Österreich und österreichisches Staatsgebiet“ verzichtete (Art.3). Gleichzeitig verpflichtete Österreich sich, politisch und wirtschaftlich unabhängig von Deutschland zu agieren (Art.4).



München: 420.000 Euro
monatlich für Abschiebehalle

am Flughafen

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Seit September des vergangenen Jahres zahlt das Bayerische Innenministerium aus Ihren Steuergeldern, werte Leser, 420.000 Euro monatlich an die Münchner Flughafengesellschaft (FMG). Für eine riesige Halle, in der zwei Jumbo Jets Platz haben. Dort ist aber erstens nur die Hälfte des gigantischen Raumes mit Containerhäuschen belegt, in denen auch nur einzelne Abschiebehäftlinge hocken, da Deutschland ja auf kein „Goldstück“ verzichten kann. Der idiotische Schulz-Slogan „wertvoller als Gold“ bekommt in diesem Zusammenhang eine ganz besondere Bedeutung.

Darin können aufgrund von Sicherheitsauflagen nur bis zu 30 (!) Ausreisepflichtige untergebracht werden, aber seit September sind dort bisher immer nur zwischen zwei und zehn (!) Personen anwesend gewesen. Aktuell sind es sechs (!), wie eine Anfrage beim zuständigen Bayerischen Landesamt für Asyl und Rückführungen in Ingolstadt ergab. Dabei handelt es sich sowohl um ausländische Straftäter als auch um ausreisepflichtige Flüchtlinge, deren Asylanträge rechtskräftig abgelehnt wurden und die sich einer freiwilligen Ausreise widersetzt hatten. Oft vereinigen sich auch beide Abschiebegründe in einer Person.

Angesichts der Tatsache, dass wir es mit etwa einer halben Million Illegalen zu tun haben, müsste die Halle eigentlich bis zum letzten Quadratmeter belegt sein. Dass es aber nur so wenige sind, liegt daran, dass das Bundesamt für Migration für die Abschiebe-Entscheidung zuständig ist und damit offensichtlich sehr sparsam umgeht. Wir können ja schließlich auf keinen „Bereicherer“ verzichten. Diese paar kriminellen Migranten könnte man für das Geld auch in Münchner Luxushotels für 1000 Euro pro Nacht unterbringen, was auch Jürgen Ascherl, der stellvertretende Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, [gegenüber dem Bayerischen Rundfunk](#) meinte.

Aber das sind noch nicht die einzigen Kosten, die dieser Luxusknast verursacht. Zehn Polizeibeamte müssen im Schichtdienst auf das Gelände aufpassen, dazu kommen noch Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsdienstes.

Dann kommen die Kosten für die Abschiebeflüge hinzu. Die Invasoren werden vielfach in Learjets ausgeflogen, die inklusive begleitende Beamte für etwa zehn Passagiere Platz haben. Jeder Flug, bei dem dann etwa zwei bis drei „Goldstücke“ in ihr Heimatland befördert werden, kostet etwa 45.000 Euro. Man gönnt sich ja sonst nichts.

Der NDR hat am 9. Januar in seiner Sendung „extra 3“ eine süffisant-ironische Reportage über diesen „Teuren Abschiebeknast“ produziert und dies zutreffend [als „realen Irrsinn“ bezeichnet](#) (Video oben). In diesem Fall kann man dem öffentlich-rechtlichen Rotfunk nicht widersprechen.

Kontakt zum Bayerischen Innenminister für Rückfragen zu dieser Steuergeldverschwendung:

» joachim.herrmann@csu-bayern.de



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-

Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon](#).



Die Spracherfindung der Gleichstellungs-Beauftragten Kemmler-Lehr

Gudrun Kemmler-Lehr sieht nicht so aus, als könnte sie nicht ihrem Mann stehen. Die robuste Dame mit dem markanten Gesicht könnte sicher in so mancher Alte-Herren-Mannschaft mitspielen ohne optisch groß aufzufallen.

Das dürfte sehr in ihrem Sinne sein, denn sie ist „Gleichstellungsbeauftragte des Regionalverbandes Ruhr“. Als solche ist sie also für Gleichstellung, wie der Name schon sagt, für Gleichstellung von Männern und Frauen. Beide Geschlechter („divers“ hat sie bislang verschlafen) sollen „angemessen vertreten sein“, meint sie. Aus diesem Grunde und weil sie irgendwie die Bezahlung für ihren Job rechtfertigen muss, ist sie also auf die Suche gegangen, wo die Gleichstellung vielleicht noch nicht verwirklicht ist.

Gudrun, deren Name an eine „starke Frau“ aus der Nibelungen-

Sage erinnert, wurde fündig, ausgerechnet bei „der Mannschaft“. Also nicht bei „der“, wo erregte Frauen nach dem Spiel gerne in die Umkleidekabine eilen, um sich gleichzustellen. Nein, die Mannschaft schlechthin ist gemeint, das Wort „Mannschaft“, weil da „Mann“ drin steht am Anfang. Das geht gar nicht und ist diskriminierend, findet Kemmler-Lehr.

Also raus mit dem Mann aus der Mannschaft, meint sie, das Wort soll so nicht mehr benutzt werden. Wie soll es stattdessen heißen, ihrer Meinung nach? Wird es jetzt eine „Frauschaft“ geben, für die Mannschaft der Frauen und das Wort Mannschaft nur noch für Männer („Damen und Herren-Mannschaften“ zeigen ja, dass es bislang geschlechtsneutral genutzt wurde)? Wie heißen die gemischten „Schaften“ dann, beim Tennis zum Beispiel, Fraumannschaft (also für beide, Frauen und Männer, nicht zu verwechseln mit der „Frauenmannschaft“) oder Mannfrauschaft oder Menschenschaft?

Kemmler-Lehr hat sich so ihre Gedanken gemacht, hat gegrübelt und begonnen zu kreißen und schließlich ein Kind geboren, ein sprachliches wenigstens. „Das Team“ soll es heißen. Diese Erfindung steht in der 2000 Euro teuren Schrift, die sie gegen Diskriminierung und für die Gleichstellung und für ihr Salair geschrieben hat. In der Schrift kann man ihre gerade vorgestellte Erfindung wiederfinden und sie sich ab sofort zunutze machen.

Der Vorschlag der Frau mit dem halben Männernachnamen kommt bei einer anderen Frau, ebenfalls mit Doppelnamen, ziemlich gut an. Die Chefin des Regionalverbandes Ruhr (RVR), Karola Geiß-Netthöfel, hat die vorgeschlagene Vokabel und einige andere Vorschläge sogar ihren Mitarbeiter*Innen zum Auswendiglernen ans Herz gelegt:

Auch RVR-Chefin Karola Geiß-Netthöfel (60) hat ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter